

DEHOGA zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

**Ihre Stimme zählt. Nutzen Sie die Chance.
Für eine erfolgreiche Zukunft unserer Branche.**

Sehr geehrte, liebe DEHOGA-Mitglieder,

Ihre Stimme zählt – mehr denn je! Am 23. Februar 2025 wird eine neue Regierung gewählt. Nutzen wir gemeinsam diese Chance. Für unser Land, aber auch für unsere Branche.

Deutschland benötigt einen Politikwechsel zur Stärkung der Wirtschaft. Wir treten ein für bessere Rahmenbedingungen. Damit Zuversicht wächst, Existenzsorgen und Bürokratie- wie Kostenfrust weichen und vor allem endlich wieder Aufbruchstimmung aufkommt. Hoteliers, Gastronomen und Caterer benötigen Planungssicherheit und Perspektiven, um zu investieren, um neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um der jungen Generation Lust auf die Unternehmensnachfolge zu machen.

Wir erwarten echte Lösungen!

Mit acht Fragen zu unseren Kernthemen haben wir uns an die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien gewandt:

- **7% Mehrwertsteuer auf alle Speisen – dauerhaft und einheitlich**
- **Flexible Wochenarbeitszeit nach EU-Standard**
- **Spürbarer Bürokratieabbau**
- **Mehr Netto vom Brutto – Arbeit muss sich wieder lohnen**
- **Löhne dürfen nicht Spielball der Politik sein – wir haben dafür eine Mindestlohnkommission**
- **Effiziente Verwaltungsprozesse für motivierte Mitarbeiter aus dem Ausland**

In unserer Synopse zum DEHOGA Wahlcheck finden Sie die Antworten der Parteien (im Originalwortlaut) übersichtlich zusammengefasst. Nutzen Sie diese Information! Wir sind parteipolitisch neutral, doch klar ist: Wir wollen eine Regierung, die die Leistungen sowie die hohe wirtschaftliche und gesellschaftliche Relevanz unserer Branche mit 2,2 Millionen Beschäftigten anerkennt und – noch wichtiger – entsprechend handelt. Für unsere Branche der Gastfreundschaft ist von entscheidender Bedeutung, dass unser Land weltoffen und sicher sowie wirtschaftlich stark ist.

Deutschland benötigt eine handlungsfähige Regierung. Ohne die überfällige Stärkung der Wirtschaft wird kein Aufschwung gelingen.

In diesem Sinne: Gehen Sie zur Wahl. Jede Stimme zählt. Denn es geht auch um die Zukunft unserer Branche.

Mit gastfreundlichen Grüßen
aus der Hauptstadt

Ihr Guido Zöllick
Präsident

Ihre Ingrid Hartges
Hauptgeschäftsführerin

Antworten der Parteien auf den DEHOGA Wahlcheck

Bewertung durch den DEHOGA

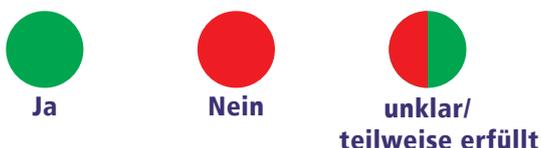
Bitte beachten Sie: Die aktuelle Bewertung basiert auf den Antworten der Parteien auf die vom DEHOGA konkret gestellten Fragen. Dabei soll die nachfolgende Übersichtstabelle Ihnen eine einfache Orientierung geben. Für eine fundierte eigene Einschätzung empfehlen wir die Lektüre der Originalantworten der Parteien.



Werden Sie sich aktiv für einen dauerhaft ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Essen und damit für die längst überfällige Gleichbehandlung von Essen in Restaurants, Cafés und den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen und Betrieben einsetzen?						
Setzen Sie sich dafür ein, dass die starre tägliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz durch die Wochenarbeitszeit nach EU-Recht ersetzt wird?						
Werden Sie sich dafür stark machen, dass Speisekarten lesbar bleiben und sich gegen weitere Kennzeichnungspflichten (z.B. Tierhaltung, Herkunft, Nährwerte) aussprechen?						
Ist für Sie Tarifautonomie nicht nur ein Schlagwort und erheben Sie folgerichtig Ihre Stimme gegen staatliche Lohnfestsetzung?						
Sorgen Sie dafür, dass unseren Beschäftigten wieder mehr Netto vom Brutto bleibt und setzen Sie Anreize für Arbeit statt Sozialtransfers?						
Wollen Sie Zuwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte aus Drittstaaten vereinfachen und verbessern?						
Werden Sie sich für die Beschleunigung von Visa-Verfahren einsetzen?						

Reihenfolge der Parteien nach Stärke der Fraktion bzw. Gruppe im aktuellen Bundestag.

Die Antworten vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) lagen zum Redaktionsschluss bis 11. Februar 2025 nicht vor.



Nur eine einheitliche Besteuerung von Essen mit 7% ist fair und gerecht!

Werden Sie sich aktiv für einen dauerhaft ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Essen und damit für die längst überfällige Gleichbehandlung von Essen in Restaurants, Cafés und den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen und Betrieben einsetzen?



In der Corona-Pandemie wurde der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie zeitlich befristet von 19% auf 7% gesenkt. Ziel war hier eine Unterstützung der Branche, die besonders unter den Einschränkungen während der Pandemie gelitten hat. Die zeitlich befristete Maßnahme ist zu Recht ausgelaufen, denn die genannten Einschränkungen liegen nicht mehr vor. Die Gastronomiebranche sieht sich allerdings einer Reihe von anderen Herausforderungen gegenüber. Dazu gehört etwa der Arbeitskräftemangel oder eine schwächelnde Binnennachfrage. Vor diesen Herausforderungen stehen andere Branchen auch. Eine spezifische Mehrwertsteuersenkung zur Unterstützung der Gastronomiebranche ist daher nicht die richtige Antwort auf strukturelle und konjunkturelle Probleme, die für andere Branchen ebenso gelten. Die SPD stärkt etwa die Arbeits- und Fachkräftesicherung, durch gute Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung, Aktivierung inländischer Potenziale sowie gut organisierte Zuwanderung von Fachkräften.



Die unionsgeführte Bundesregierung hatte den Umsatzsteuersatz auf Speisen in Restaurants ermäßigt. Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Speisen (CDU) beziehungsweise auf Speisen und Getränke (CSU) dauerhaft senken.



Die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Lebensmitteln – pflanzlichen hier, tierischen dort, Gastronomie hier, Gemeinschaftsverpflegung und Außer-Haus-Verkauf dort – kann man niemanden mehr erklären. Über eine aufkommensneutrale Reform werden wir die Mehrwertsteuer vereinfachen, entbürokratisieren und Fehlanreize abbauen – so wie es auch der Bürgerrat "Ernährung im Wandel" fordert. Wichtig ist dabei, dass Grundnahrungsmittel und gesundes Essen für alle bezahlbar sind. Eine grundsätzliche Absenkung auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7% auf alle Essen im Gastronomiebereich würde zu erheblichen langfristigen Steuermindereinnahmen führen und weit über eine gezielte steuerliche Entlastung von Grundnahrungsmitteln hinausgehen. In bestimmten Konstellationen wie der Abgabe von Essen an einem Imbissstand oder bei Essenslieferungen durch ein Catering-Unternehmen an ein Krankenhaus kann schon nach aktueller Rechtslage der ermäßigte Mehrwertsteuersatz Anwendung finden.



Gastronomische Angebote müssen bezahlbar bleiben. Ein reduzierter Umsatzsteuer-Satz für Speisen in der Gastronomie gilt in den meisten EU-Mitgliedstaaten und sollte auch in Deutschland gelten. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen, egal ob vor Ort oder zum Mitnehmen, kommt allen zugute: Kunden, Beschäftigten und Gastronomen.



Entgegen vergangener Zusagen wurde zum Jahresbeginn 2024 die Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke in der Gastronomie von 7 % wieder auf 19 % erhöht. Neben den gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel und für Energie sowie den ebenfalls höheren Personalkosten ist die erhöhte Steuer ein weiterer Preistreiber für die Branche. Wirte hatten keine andere Wahl, als die Kosten auf dem Wege von Preiserhöhungen an die Kunden weiterzugeben. Ein Nachfrageeinbruch war die Folge. Restaurants mussten schließen, und für viele Menschen im Lande ist ein weiteres Stück Lebensqualität verloren gegangen.



Die Linke will die Mehrwertsteuer für Lebensmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn auf 0% senken. Essen und Dinge des Grundbedarfs müssen für alle erschwinglich sein. Eine Absenkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Branchen halten wir nicht für zielführend.



Flexibilität ermöglichen: Wochenarbeitszeit jetzt!

Setzen Sie sich dafür ein, dass die starre tägliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz durch die Wochenarbeitszeit nach EU-Recht ersetzt wird?



Das Arbeitszeitgesetz ist der wesentliche gesetzliche Rahmen für die Arbeitszeitgestaltung, innerhalb dessen passgenaue tarifliche Lösungen erarbeitet werden. Es ist vor allem ein Arbeitsschutzgesetz. Die geregelten Höchstarbeitszeiten und Ruhezeiten bieten einen wirksamen Schutz gegen Stress und Überlastung. Zugleich bietet das Arbeitszeitgesetz sehr viel Spielraum für sozialpartnerschaftliche Gestaltung, für Flexibilität und für Zeitsouveränität. Die SPD sieht angesichts der bestehenden flexiblen Möglichkeiten durch tarifvertragliche Gestaltung keinen Anlass, das Arbeitszeitgesetz zu verändern.



CDU und CSU wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und die Spielräume des EU-Rechts nutzen. Anstelle der täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten müssen dabei im Sinne des Arbeitnehmerschutzes gewährleistet bleiben.



Die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen haben für uns oberste Priorität, deshalb werden Beschäftigte gesetzlich durch Höchstarbeitszeiten geschützt. Wie viel oder wenig innerhalb dieser Grenzen gearbeitet wird, möchten wir politisch nicht bestimmen. Flexible Arbeitszeitmodelle sind schon jetzt im Rahmen des Arbeitszeitrechts unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Wir begrüßen daher auch alle diesbezüglichen Vereinbarungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen.



Wir wollen das deutsche Arbeitszeitgesetz auf die Höhe der Zeit bringen, indem wir mit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit neue und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Vorgaben zur Arbeitszeit müssen flexibilisiert und Öffnungsklauseln zu Ruhezeitregelungen sollen genutzt werden.



Die AfD begrüßt flexible Arbeitszeiten bei Arbeitgebern, um Familie und Beruf besser vereinen zu können. Eine Wochenarbeitszeit ist aus unserer Sicht dafür aber nicht notwendig.



Beschäftigte haben das Recht auf Schutz ihrer Gesundheit und ihres Familienlebens. Überlange Arbeitszeiten und zu kurze Ruhezeiten führen nachweislich zu häufigeren Krankheiten. Die Linke will Beschäftigte entlasten und den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken. Wir brauchen Arbeitszeitregelungen, die vereinbar sind mit Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Erholung, Hobbies und Ehrenamt.



Neue Bürokratie stoppen, überflüssige Reglementierungen schnell und spürbar abbauen!

Werden Sie sich dafür stark machen, dass Speisekarten lesbar bleiben und sich gegen weitere Kennzeichnungspflichten (z.B. Tierhaltung, Herkunft, Nährwerte) aussprechen?



Wir stehen für eine klare, transparente und zukunftsfähige Verbraucherpolitik im Bereich der Ernährung, die zu mehr Bewusstsein, Wertschätzung und Nachhaltigkeit führt. Die Verabschiedung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes war ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und Tierwohl. Wir wollen die Tierhaltungskennzeichnung zügig weiterentwickeln und erweitern, auch um Außer-Haus-Verpflegung (Gastronomie und öffentliche Verpflegung) und verarbeitete Produkte. Wir sehen eine wachsende Offenheit bei Restaurantgästen für digitale Alternativen gegenüber physischen Speisekarten und sehen in der Digitalisierung und in technischen Innovationen viele Chancen für unsere Gastronom:innen. Unser Ziel ist es langfristig, ein System zu entwickeln, das allen Menschen in der EU ermöglicht, bewusste und nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen.



Kennzeichnungspflichten sind wichtig. Kundinnen und Kunden haben ein berechtigtes Informationsinteresse. Das muss aber auch im Einklang mit dem bürokratischen Aufwand stehen. Wichtig ist, dass Gäste sich vor Ort informieren können. Dabei muss nicht alles auf die Speisekarte gedruckt werden. Gastronomen in Deutschland kennen ihre Produkte und geben gern Auskunft. Gäste mit besonderen Bedürfnissen werden unabhängig von der gedruckten Karte aus Eigeninteresse nochmal nachfragen.



Wir sind grundsätzlich für Transparenz und für eine sinnvolle Kennzeichnung, um den Verbraucherschutz zu stärken. Die Gäste in einem Lokal haben das Recht zu wissen, was in Lebensmitteln steckt, um eine bewusste Entscheidung treffen zu können. Dafür sollte die Speisekarte die notwendigen Auskünfte geben und zugleich verständlich sein. Wir GRÜNE werden Erleichterungen bei bürokratischen Pflichten schaffen. Ein wichtiger Schritt dafür ist der kürzlich durch das Bundeswirtschaftsministerium gestartete Praxischeck Gastgewerbe gemeinsam mit dem Bayerischen Beauftragten für Bürokratieabbau und mit Ihnen, den Praktikerinnen und Praktikern. Mit diesen Praxis-Checks werden wir in allen Bereichen bürokratische Hemmnisse effektiv abbauen. Eine erste Maßnahme haben wir geschafft: Für inländische Gäste deutscher Hotelbetriebe fällt die bislang gängige Meldepflicht beim Einchecken weg.



Ja.



Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können. Bei vielen Nahrungsmitteln fehlen den Verbrauchern jedoch wesentliche Informationen über Produktherkunft und -qualität. Diese müssen aber nicht auf der Speisekarte vermerkt werden, wenn auf Nachfrage diese wesentlichen Informationen auch separat nachgewiesen werden können.



Selbstverständlich müssen Speisekarten lesbar sein. Gleichzeitig haben Verbraucher*innen das Recht zu wissen, was in ihrem Essen ist und sich bewusst für oder gegen bestimmte Speisen zu entscheiden. Das erleichtert auch Gastronomiebetrieben, höhere Preise für höherwertige Zutaten zu erzielen.



Neue Bürokratie stoppen, überflüssige Reglementierungen schnell und spürbar abbauen!

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie für spürbaren Bürokratieabbau sorgen?



Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations-, und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze müssen außerdem einem Praxischeck unterzogen werden. Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung durchführen.



In unserem Wahlprogramm nennen wir zahlreiche Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Den Bürokratieabbau werden wir entschlossen voranbringen und den Nationalen Normenkontrollrat schlagkräftiger aufstellen und ihn zurück ins Bundeskanzleramt holen.



Siehe vorherige Antwort.



Die FDP steht für konsequenten Bürokratieabbau und eine echte Entrümpelung des Bundesrechts. Wir wollen ein sofortiges dreijähriges Bürokratie-Moratorium. In dieser Zeit dürfen per Saldo keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen. Mit einem bürokratiefreien Jahr ohne Berichtspflichten stärken wir gerade junge Betriebe. Konkrete Bürokratie-Monster, wie etwa die Bonpflicht, wollen wir ersatzlos streichen. Digitale Arbeitsverträge müssen in allen Branchen möglich sein - also auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Das bürokratische deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz wollen wir streichen und setzen uns in Europa für eine Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie als auch der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie ein.



Den Bürokratieabbau wird die AfD mit den folgenden Maßnahmen vorantreiben: Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie, Abschaffung des Verpackungsgesetzes, Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung, Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung, Vereinfachung des Vergaberechts, drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte.



Behörden brauchen ausreichend Personal und digitale Ausstattung, um Anträge und Nachweise digital und zügig zu bearbeiten.

Löhne dürfen nicht Spielball der Politik sein!

Ist für Sie Tarifautonomie nicht nur ein Schlagwort und erheben Sie folgerichtig Ihre Stimme gegen staatliche Lohnfestsetzung?



Der wirtschaftliche und soziale Erfolg unseres Landes ist auch das Ergebnis einer funktionierenden Tarifautonomie. Deshalb will die SPD die Tarifbindung wieder stärken, die in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist. Mit einem Bundestariftreuegesetz wollen wir zum Beispiel dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Der gesetzliche Mindestlohn war und ist kein Eingriff in die Tarifautonomie. Er wurde notwendig, weil sich immer mehr Arbeitgeber aus der Verantwortung für gute Tarifverträge gezogen haben. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns soll auch in Zukunft von der Mindestlohnkommission festgelegt werden. Die Kommission muss aber aus unserer Sicht künftig die Empfehlungen der Europäischen Mindestlohn-Richtlinie berücksichtigen.



CDU und CSU vertrauen der Mindestlohnkommission, in der die Sozialpartner gemeinsam die zukünftige Höhe des Mindestlohns unabhängig von der Politik festlegen. CDU und CSU stehen zur Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft und wollen nicht politisch in diesen Prozess eingreifen.



Die Sozialpartnerschaft in Deutschland hat sich bewährt. Unternehmen und Beschäftigte profitieren gleichermaßen von tariflich geregelten Löhnen und Arbeitsbedingungen. Daher treten wir für eine Stärkung der Tarifbindung ein. Die Politik legt grundsätzlich keine Löhne fest, sondern der Gesetzgeber hat mit dem gesetzlichen Mindestlohn lediglich eine absolute Untergrenze definiert. Dieser gesetzliche Mindestlohn hat sich seit seiner Einführung rundum bewährt. Millionen hart arbeitender Beschäftigter haben davon deutlich profitiert. Um die Inflation der letzten Jahre auszugleichen, braucht es einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025, der auch für unter 18-Jährige gilt. Die Festlegung des Mindestlohns soll weiterhin bei der Mindestlohnkommission liegen. Wir wollen jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Festlegung des Mindestlohns so reformieren, dass der Mindestlohn auch in Zukunft angemessen steigt und insbesondere vor Armut schützt.



Wir Freie Demokraten respektieren die Tarifautonomie. Daher lehnen wir politische Eingriffe in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ab.



Die Entscheidung über die Lohnhöhe obliegt allein den Tarifpartnern bzw. beim Mindestlohn ausschließlich der Mindestlohnkommission. Dort sitzen kompetente Vertreter der Arbeitgeber und der Beschäftigten. Eine staatliche Lohnfestsetzung macht diese nur zum Spielball gegenseitiger Überbietungswettbewerbe im Wahlkampf.



Die Linke setzt sich aktiv dafür ein, dass Gewerkschaften und Unternehmen gute Tarifverträge aushandeln können. Tarifliche Lösungen sind immer der beste Weg. Arbeitgeberverbände müssen deshalb zu einer stärkeren Tarifbindung beitragen. Die Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften entscheiden. Denn klar ist: von Arbeit muss man gut leben können. Auch der Mindestlohn darf nicht arm machen. Derzeit müsste er bei mindestens 15 Euro liegen, 2026 wahrscheinlich bei 16 Euro.



Arbeit muss sich wieder lohnen! Mehr Netto vom Brutto!

Sorgen Sie dafür, dass unseren Beschäftigten wieder mehr Netto vom Brutto bleibt und setzen Sie Anreize für Arbeit statt Sozialtransfers?



Die SPD setzt sich dafür ein, dass die arbeitenden Menschen mehr Netto vom Brutto erhalten. Das aktuelle Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der Einkommensteuertarif nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in Anspruch. Wir wollen die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten (etwa 95 Prozent) und dafür unter anderem Spitzeneinkommen und -vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen. Bei den Sozialleistungen gilt (etwa durch den Erwerbstätigenfreibetrag) schon heute, dass man mit Arbeit immer mehr hat, als wenn man nicht arbeitet.



Die Belastung durch Steuern und andere Abgaben in unserem Land ist zu hoch. Wir brauchen daher eine Agenda für die Fleißigen, eine breite Entlastung für die Bevölkerung: Wer mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Niedrigere Steuern und Beiträge sorgen zudem für höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze, stärkeres Wachstum und sichere Sozialsysteme. Wir wollen die Einkommensteuer schrittweise spürbar senken und die Überstundenzuschläge steuerfrei stellen. Zudem schaffen wir den Solidaritätszuschlag ab.



Wir setzen uns für ein gerechtes und nachhaltiges Steuersystem ein, das Arbeit belohnt und soziale Sicherheit stärkt. Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, erhöhen wir den Grundfreibetrag, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag und führen Steuergutschriften ein. Außerdem werden wir die Stromsteuer senken und das Deutschlandticket wieder auf 49 Euro senken. Eine vierköpfige Familie spart dadurch etwa 1.000 Euro im Jahr. Indem wir das Steuer- und Transfersystem besser aufeinander abstimmen, erhöhen wir auch die Arbeitsanreize im Bürgergeldsystem. Zugleich wollen wir Spitzenverdienende und sehr hohe Vermögen durch den Abbau von Steuerprivilegien für sehr Wenige stärker in die Verantwortung nehmen, um die finanzielle Grundlage für Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz zu sichern.



Bürgerinnen und Bürger, die täglich arbeiten gehen, haben mehr Netto vom Brutto verdient. Daher stehen wir Freie Demokraten für spürbar mehr Netto vom Brutto. Bei der Einkommensteuer wollen wir den Mittelstandsbauch stufenweise abbauen, den Grundfreibetrag erhöhen und den Tarif künftig automatisch an die Inflation anpassen. Der Spitzensteuersatz soll nur noch von Spitzenverdienern gezahlt werden – nicht von der hart arbeitenden Mitte unseres Landes. Den Solidaritätszuschlag wollen wir komplett abschaffen. Das Bürgergeld wollen wir grundlegend reformieren. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld. Dies ist auch eine Frage der Fairness gegenüber dem arbeitenden Steuerzahler. Hierzu wollen wir erwerbsfähige Arbeitslose zu einer aktiven Bringschuld und Eigeninitiative verpflichten. Bei fehlender Initiative sollen die Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden. Sanktionen wollen wir wirksamer gestalten. Zudem wollen wir ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40 Prozent immer weiter steigen. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu konkreten Maßnahmen verpflichtet werden.



Die AfD wird den Grundfreibetrag erhöhen und damit alle Einkommen entlasten. Des Weiteren bedarf das Bürgergeld einer dringenden Reform, um das Lohnabstandsgebot zu wahren und Arbeitslose schnell wieder zu qualifizieren bzw. in Arbeit zu bringen.



Die Linke will, dass Beschäftigte jeden Monat deutlich mehr Geld haben: indem wir den Freibetrag bei der Einkommensteuer deutlich erhöhen und die Mehrwertsteuer für Lebensmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn auf 0% senken. Kitas sollen für alle kostenlos sein, auch das Mittagessen in Kita und Schule. Durch eine solidarische Gesundheitsversicherung sinken die Beiträge zur Krankenkasse, Eigenanteile für Pflege fallen weg.



Mit Arbeit zur Integration, Visa-Verfahren beschleunigen!

Wollen Sie Zuwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte aus Drittstaaten vereinfachen und verbessern? Wenn ja, wie?



Die Gastronomie- und Hotelbranche leidet besonders unter Fachkräftemangel und ist auf Zuwanderung aus der EU und Drittstaaten angewiesen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als Einwanderungsland auch eine echte Einwanderungsgesellschaft wird – wie viele erfolgreiche Nationen es längst sind. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und unser Fachkräfteeinwanderungsgesetz bilden wichtige Grundlagen, die wir durch Bürokratieabbau verbessern wollen. Mit Digitalisierung, Zentralisierung und Entbürokratisierung optimieren wir Ankunftsstrukturen, beschleunigen Verfahren und schaffen klare Perspektiven. Wichtig ist ein positives Signal: Ausländische Arbeitskräfte sind bei uns willkommen. Dieses gesellschaftliche Klima ist ein entscheidender Standortfaktor im globalen Wettbewerb um Arbeitskräfte. Rechtspopulistische Hetze dagegen schadet unserer Wirtschaft und der Tourismusbranche. Dagegen setzen wir Respekt, Vielfalt und Zusammenhalt.



Wir wollen ausländische Fachkräfte gewinnen und für ausländische Fachkräfte ein attraktiver Standort sein. Für schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer richten wir eine digitale Bundesagentur für Fachkräfteeinwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel.



Deutschland muss für qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv, offen und einladend sein. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Diesen Weg müssen wir weitergehen, um den Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland zu bewältigen. Wir fordern, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur eine Ansprechstelle brauchen. Eine digitale Einwanderungsagentur soll künftig den Einwanderungsprozess modernisieren und beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch mit Ämtern und Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Wir wollen die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen deutlich vereinfachen und, wo es möglich ist, praxisorientierte Nachweisooptionen ermöglichen. Dafür schaffen wir eine zentrale Anerkennungsstelle und mehr personelle Ressourcen.



Deutschland hat Arbeitskräftemangel. Deshalb müssen wir qualifizierten Zuwanderern Hürden aus dem Weg räumen und ihnen das Leben leichter machen. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nichtakademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten.



Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, sofern diese zum Erfolg unseres Landes sowie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht., beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter Zuwanderung und humanitärem Schutz. Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir zunächst die heimischen Potenziale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen.



Migrant*innen und Geflüchtete sollten ab dem ersten Tag in Deutschland arbeiten dürfen. Menschen, die nach Deutschland kommen, wollen wir dabei unterstützen, schneller in der Gesellschaft und in einem Beruf anzukommen. Dazu gehören auch kostenfreie Deutschkurse. Berufsabschlüsse und Erfahrungen müssen schneller anerkannt werden.

Mit Arbeit zur Integration, Visa-Verfahren beschleunigen!

Werden Sie sich für die Beschleunigung von Visa-Verfahren einsetzen?



Wie ausgeführt, arbeiten wir intensiv daran, die Zuwanderungsmodalitäten und -verfahren für Arbeitskräfte aus dem Ausland weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir setzen auf Digitalisierung, damit Anträge künftig vollständig online gestellt und bearbeitet werden können. Gleichzeitig wollen wir spezialisierte Visa-Zentren schaffen, die effizient arbeiten und Verfahren beschleunigen. Mit One-Stop-Government-Verfahren möchten wir es Fachkräften ermöglichen, alle notwendigen Behördengänge an einem Ort oder online zu erledigen. Unsere Botschaften und Konsulate werden durch mehr Personal und bessere Ausstattung gestärkt, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Ein optimierter Datenaustausch zwischen Behörden hilft zusätzlich, Verfahren zu vereinfachen und klare Perspektiven zu schaffen. Wir stehen an Ihrer Seite, um den Fachkräftemangel zu bewältigen, und setzen alles daran, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Ihre Branche auch in Zukunft erfolgreich bleibt.



Siehe vorherige Antwort.



Siehe vorherige Antwort.



Mit einem One-Stop-Shop bündeln und beschleunigen wir Verfahren. Dafür wollen wir den gesamten Visaprozess auf den Prüfstand stellen.



Nein.



Visa-Verfahren wollen wir digitalisieren und beschleunigen.



Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband)

Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Fon 030 726252-0, Fax 030 726252-42
info@dehoga.de, www.dehoga.de